A7 Gesellschaftliche Resilienz und Wehrhaftigkeit erhöhen – Schutz Kritischer Infrastrukturen sicherstellen!

Antragsteller*in:	Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg)
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Unsere Demokratie wird derzeit massiv bedroht - von innen wie außen. Als Gesellschaft sehen wir uns seit langem mit anhaltenden, sehr ernstzunehmenden sicherheitspolitischen Risiken konfrontiert.

Diese reichen von Bedrohungen durch Extremisten in und außerhalb unserer Parlamente, die auch vor Umsturzversuchen keinen Halt machen und offen über millionenfache Deportationen sinnieren, über weitreichende Spionage, Desinformation und andere Formen der gezielten staatlichen Einflussnahme von außen mit dem Ziel, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen und unsere Demokratie und ihre Institutionen verächtlich zu machen, wo es nur geht.

Bei alledem ist eine Kooperation und unheilvolle Allianz derjenigen aus dem In- und Ausland, die unser demokratisches System klar ablehnen, zu beobachten. AfD und BSW tragen mittlerweile völlig unverhohlen russische Narrative in unsere Parlamente. Noch immer rechtsstaatlich nicht ausreichend regulierte soziale Netzwerke, Plattformen und Messenger vernetzen Extremisten - und wirken durch Klick- und Verwertungslogiken wie unsere Demokratie zersetzende Brandbeschleuniger.

Immer mehr Menschen werden Opfer von Hass und Hetze. Aus online getätigten Äußerungen werden zunehmend reale Taten. Engagierte Bürger:innen, Geflüchtete, Journalist:innen, queere Personen, Wissenschaftler:innen und andere bekommen ihn zu spüren. Und auch Politiker:innen erleben das hautnah – auch wir in Schleswig-Holstein: Angriffe auf Wahlkreisbüros und Kreisgeschäftsstellen, anhaltender Hass und Hetze gegen unserer Spitzenleute, aber auch gegen die ehrenamtlich sich engagierenden Amts- und Mandatsträgerinnen in den Kommunalparlamenten, begegnen uns beinahe täglich. Auch daher haben wir eine Ansprechstelle im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein geschaffen, die in Kürze besetzt wird.

Diesem Hass und dieser Hetze stellen wir uns auch weiterhin entschlossen entgegen und lassen uns nicht einschüchtern! Wir sind solidarisch mit all denjenigen, die gezielt beleidigt, bedroht und verhetzt werden und so von ihrem demokratischen Engagement für das Allgemeinwohl abgehalten werden sollen. Wir setzen uns für einen noch effektiveren Schutz ein - durch gute Gesetzgebung, starke Aufsichtsbehörden, Sanktionierung und Beratung von Betroffenen. Hierbei müssen auch die großen digitalen Plattformen ihrer enormen gesellschaftlichen Verantwortung sehr viel stärker als bisher gerecht werden. Zudem braucht es weiterhin dringend einer Effektivierung der Strafverfolgung.

Innere und äußere Sicherheit sind längst eng miteinander verwoben. Die zuvor bereits sehr großen Bedrohungen sind im Zuge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine noch einmal deutlich gestiegen. Seit Beginn des jüngsten russischen Angriffskriegs auf die Ukraine erleben wir, dass unsere Kritischen Infrastrukturen, die Lebensadern unserer Gesellschaft, verstärkt in den Fokus autoritärer Staaten genommen werden. Diese machen auch

vor weitreichender Sabotage in Staaten, die der ukrainischen Regierung als Unterstützer zur Seite stehen, nicht mehr Halt. Diese Operationen verfolgen das offenkundige Ziel, die eigene militärische Überlegenheit und unsere Verwundbarkeit zu demonstrieren. Diese Machtdemonstrationen sollen Unsicherheit schüren und aufzeigen, womit man im Konfliktfalle zu rechnen hat – nämlich mit dem Schlimmsten.

So erleben wir nicht nur gezielte Angriffe auf unsere digitalen Infrastrukturen, sondern zunehmend auch auf die Unternehmen und Verwaltungen in Schleswig-Holstein. Die LNG-Infrastruktur, die geschaffen wurde, um die Abhängigkeit von russischem Gas durch Importe von Flüssiggas aus anderen Ländern zu reduzieren, wurde vor Monaten bereits sabotiert. In höchstem Maße beängstigend sind auch anhaltende Drohnenüberflüge über den Industriepark in Brunsbüttel mit seinen chemischen Anlagen, Schleusen und stillgelegten Atomkraftwerken. Diese konnten bislang trotz zahlreicher Versuche von Landes- und Bundesbehörden, von Polizei und Bundeswehr, nicht unterbunden werden. Und so wird in unserem Land derzeit deutlich, was längst für weite Teile Deutschlands gilt: Einem anhaltenden und zunehmend aggressiven Agierens verschiedener autoritärer Staaten, allen voran Russlands, sehen wir uns derzeit zu schutzlos ausgeliefert.

Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, es wurde vielfach vor ihr gewarnt. Gerade das Bundesinnenministerium – unter der Führung von CDU/CSU und SPD - hat die Entwicklungen verschlafen. Als Grüne in Schleswig-Holstein werden wir ihr auch zukünftig nicht tatenlos zuschauen. Unter anderem braucht schleswig-holsteins Polizei dringend wirksames Gerät zur Drohnenabwehr.

Wir können uns weder Naivität noch Ignoranz oder Tatenlosigkeit leisten. Angesichts eines extrem hohen, nochmal deutlich gestiegenen Gefährdungspotentials für Menschen, Umwelt und Wirtschaft fordern wir mehr Schutz für unser Demokratie, ihre Institutionen und die Menschen, die für sie eintreten. Unsere Demokratie muss wehrhaft bleiben und wir brauchen mehr gesellschaftliche Resilienz – auch, aber längst nicht nur mit Blick auf den verbesserten Schutz unserer Kritischen Infrastrukturen. Auch in den unser Land umschließenden Meeren liegt weitere, hochsensible Kritische Infrastruktur wie Pipelines und Datenkabel. Wir brauchen einen insgesamt verbesserten und effektiven Schutz. Er ist Kernaufgabe staatlicher Sicherheitsvorsorge.

Vor allem das SPD-geführte Bundesinnenministerium bleibt in der Pflicht. Themen wie die rechtsstaatliche Regulierung digitaler Plattformen, die notwendige Neuaufstellung der Spionageabwehr im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder der Schutz Kritischer Infrastruktur müssen endlich mit der notwendigen politischen Entschlossenheit angegangen werden.

Klar ist, dass letzterer nicht allein durch staatliche Stellen gewährleistet werden kann. Denn rund 80% der Kritischen Infrastrukturen in Deutschland liegen in privatwirtschaftlicher Hand. Darum brauchen wir gute gesetzliche Vorgaben für den Schutz physischer und digitaler Infrastrukturen und ein funktionierendes Zusammenspiel von Sicherheitsbehörden und Privatwirtschaft im föderalen System. Hier müssen die Innenministerien liefern und lange bekannte Defizite schnellstmöglich abstellen.

Der effektive Schutz vor militärischen Drohnen der neusten Generation, vor Mini-U-Booten, die an Oligarchenjachten hängen, und vor Geheimdienstkommandos kann nicht allein die schleswig-holsteinische Landespolizei leisten. Vielmehr braucht

es ein gutes Zusammenspiel von Polizei(en), Nachrichtendienst(en) und Bundeswehr - und strenger Beachtung verfassungsrechtlicher Vorgaben.

Die für den militärischen Bereich durch Bundeskanzler Scholz vor rund zwei Jahren ausgerufene „Zeitenwende“ muss auch mit Blick auf sogenannte „hybride Bedrohungen“ endlich umgesetzt werden. Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie beweist sich auch und gerade hier. Heute stehen wir noch immer viel zu oft wie das sprichwörtliche Kaninchen vor der Schlange. Damit muss Schluss sein!

Statt sich immer wieder viel zu sehr in Symboldebatten zu verfangen, müssen wir auf längst offenbar gewordene, große sicherheitspolitische Defizite im Lichte stark gestiegener Bedrohungslagen als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie mit einem ganzen Maßnahmenbündel reagieren.

Angesichts aktueller Diskussionen um anhaltende russische Einflussoperationen dürfen dabei die ebenfalls sehr ernstzunehmenden Gefahren durch andere autoritäre Staaten wie z.B. China nicht aus dem Blick geraten. Auch darauf weisen die Nachrichtendienste und Kontrollgremien vehement hin.

Nach Jahren der politischen Untätigkeit und dem Verfolgen einer in weiten Teilen veralteten Sicherheitspolitik sind echte Schritte zur Erhöhung der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie überfällig. Investitionen in die Sicherheit unseres Landes und damit auch in die Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaats wurden lange sträflich vernachlässigt. Daher setzen wir uns als Grüne auch weiterhin dafür ein, dass die „Zeitenwende“ auch mit Blick auf die Innenpolitik umgesetzt wird. Die bisher einseitige Ausrichtung auf die Bundeswehr mit dem gleichnamigen Sondervermögen greift zu kurz, zumal dies auch schon vollständig gebunden ist und spätestens 2028 ein Milliardenloch in der Finanzplanung klafft. Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Die Schuldenbremse darf nicht zum Sicherheitsrisiko für unser Land werden, sie muss reformiert werden. Nicht nur aber auch, um nötige Investitionen in die Sicherheit umfassend und langfristig zu ermöglichen.

- Hybride Bedrohungen ernst nehmen und entschlossen bekämpfen - Strukturen zur Erkennung und Abwehr ausbauen: Nach jahrelanger Untätigkeit muss den skizzierten, sehr ernstzunehmenden Bedrohungslagen v.a. in den federführenden Innenministerien auf Landes- und Bundesebene endlich die dringend notwendige politische Priorität eingeräumt werden. Die Spionageabwehr muss neu aufgestellt und weitere Schritte zum Schutz unserer Demokratie rechtsstaatlich entschlossen angegangen werden. Neben guter gesetzlicher Regulierung braucht es starke Aufsichtsbehörden auf Landes- und Bundesebene, ein verlässliches Zusammenspiel staatlicher und privater Akteure und neue Formen der Kooperation im föderalen System mit dem Ziel, Sicherheit effektiv zu erhöhen. Hierbei muss ein integrierter Sicherheitsbegriff verfolgt werden, der innere und äußere Sicherheit – unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben - zukünftig sehr viel stärker zusammendenkt. Sowohl auf europäischer wie internationaler Ebene braucht es zudem eine verstärkte Koordination und Kooperation bei der Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen. Wir begrüßen die Kooperation zwischen der Landespolizei und der Universität zu Lübeck. Wir werden die Integration der Erkenntnisse aus der einsatzbegleitenden Open Source Intelligence (OSINT) in die Sicherheitsarchitektur fördern und Schulungs-

sowie Forschungsmaßnahmen unterstützen, um die Effektivität der OSINT-Techniken kontinuierlich weiter zu verbessern.

- Plattformregulierung entschlossen vorantreiben: Im digitalen Raum tobt ein neuer Informationskrieg. Menschen werden gezielt attackiert, gesellschaftliche Konflikte bewusst verstärkt, Diskurse intransparent verschoben und demokratische Willensbildungsprozesse bis hin zu Wahlen attackiert. Auch Cybermobbing bleibt ein großes Problem. Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung müssen wir konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) sowie den Digital Markets Act (DMA) entschlossen in nationales Recht umsetzen, Aufsichtsbehörden stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden müssen sensibilisiert und besser ausgestattet werden, um so die Rechtsdurchsetzung weiter zu effektivieren. Auch brauchen wir endlich ein Digitale Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene, das wirksame Instrumente wie Accountsperren gesetzlich verankert. Auf EU-Ebene setzen wir uns im Wettbewerbsrecht weiter für die Begrenzung der Marktmacht digitaler Plattformen ein.

- Schutz von Betroffenen stärken: Wir wollen Ehrenamtliche, Journalist:innen, Feuerwehr- und Rettungskräfte, Beschäftigte von Gerichten, Polizei, Zoll und Justizvollzug sowie Mandatsträger:innen besser schützen. Mit ihrem Engagement erfüllen sie Demokratie und Rechtsstaat mit Leben und leisten einen wichtigen Dienst für das Gemeinwohl. Deshalb fordern wir unter anderem mehr Tempo bei der Reform des Bundesmeldegesetzes, um es kommunalpolitisch Engagierten zu erleichtern, eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen zu lassen, sodass ihre privaten Adressen besser vor Missbrauch geschützt sind. Initiativen wie HateAid, die Betroffene unterstützen, brauchen eine verlässliche Finanzierung.

- Spionageabwehr effektivieren - Verfassungsschutzämter neu aufstellen: Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das Landesamt für Verfassungsschutz Schleswig-Holstein (LfV) wollen wir mit Blick auf seine wichtige Arbeit gegen die Feinde unserer Demokratie besser aufstellen. Die anstehende Reform des Nachrichtendienstrechts auf Bundesebene und auf Landesebene in Schleswig-Holstein werden wir nutzen, um deren Arbeit, auch und gerade mit Blick auf die Spionageabwehr, zu effektivieren und die parlamentarische Kontrolle weiter zu verbessern.

- Landessicherheitsüberprüfungsgesetz reformieren: Die Bedrohungen können auch von innen entstehen. Wer in sicherheitsrelevanten Bereichen tätig ist, wird einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Die gesetzlichen Grundlagen bedürfen einer Modernisierung, z. B. im Hinblick auf die Bedeutung der sozialen Medien.

- Desinformationskampagnen ausbremsen: Die Bundesregierung fordern wir auf, umgehend eine Desinformationsstrategie vorzulegen und weitere, konkrete Schritte anzugehen. Unter anderem bedarf es einer breit angelegten und andauernden Aufklärungskampagne, um Desinformationen im Netz wirksam zu bekämpfen und Bürger:innen über drohende Gefahren aufzuklären. Hier können wir von unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn lernen. Der

öffentlich-rechtliche Rundfunk als zentrale Säule der freien Meinungsbildung ist dabei ein echtes Pfund. Er muss rechtlich wie finanziell auf einer soliden Grundlage stehen. Bots und Fake-Accounts müssen entschlossen bekämpft werden. Hier sind auch die Betreiber gefragt, tätig zu werden und endlich ihrer großen gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Gleiches gilt für den effektiven Schutz von demokratischen Diskursen, auch und gerade im Kontext von Wahlen.

- Kritische Infrastrukturen effektiv und einheitlich schützen: Wir brauchen endlich ein KRITIS-Dachgesetz, das einen einheitlichen Schutz physischer und digitaler Kritischer Infrastruktur auf hohem Niveau garantiert. Gesetzliche Vorgaben sollten auch für die öffentliche Verwaltungen gelten. Gerade beim KRITIS-Schutz braucht es ein gutes Zusammenspiel von Sicherheitsbehörden und Privatwirtschaft im föderalen System. Zudem sollte sehr viel stärker als bisher das große Know-How zivilgesellschaftlicher Akteure wie beispielsweise der AG-KRITIS berücksichtigt werden. Gerade für die zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), die zukünftig neu unter die Regulierung fallen werden, braucht es gute, unabhängige Beratung und Unterstützungsangebote. Auch muss der Gefahr der Ausspähung unserer TK-Netze effektiv begegnet werden, indem Anbieter aus autoritären Staaten schnellstmöglich verbannt werden. Auch der verstärkte Einsatz von freier und offener Software ist zentral, um Abhängigen zu reduzieren und staatliche Souveränität zu erhöhen. Zudem setzen wir uns für eine verbesserte Drohnenabwehr ein, um aktuellen Risiken zu begegnen. Den Ankauf von europäischer Kritischer Infrastruktur wollen wir einschränken und der EU-Kommission Möglichkeiten geben, diese im Zweifel zu unterbinden.

- Update der föderalen Sicherheitsarchitektur: Die Sicherheitsbehörden haben in den vergangenen Jahren vieles geleistet, um sich besser auf die Herausforderungen der Zeit einzustellen, aber die Regierungen – vor allem die Innenminister:innen – in Bund und Ländern haben bisher zu wenig für eine föderale Zusammenarbeit aus einem Guss getan. Ineffektive und teils gefährliche Doppel-Strukturen und Zuständigkeiten, die den Feinden unserer Demokratie zu viele Lücken und Gestaltungsräume eröffnen, wollen wir beheben und die Aufgaben der Sicherheitsbehörden in Bund und Land stärker miteinander verschränken. Hierbei wird auch über notwendige Änderungen des Grundgesetzes, beispielsweise mit Blick auf Zuständigkeiten des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im Digitalen, zu sprechen sein, die die Union bisher ablehnt. Auch ist die Schaffung guter Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit in den Gemeinsamen Zentren dringend nötig.

- Demokratische Institutionen besser schützen: Nachdem wir die Resilienz des Bundesverfassungsgerichts in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller demokratischen Fraktionen erhöht haben, müssen wir auch andere demokratische Institutionen, auch in Schleswig-Holstein, in den Blick nehmen und ihre Wehrhaftigkeit gerade mit Blick auf Sperrminoritäten erhöhen. Das gilt vor allen Dingen für den Landtag, die Justiz und den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk in Schleswig-Holstein. Die Debatte über die Notwendigkeit eines verbesserten Schutzes unserer demokratischen Infrastrukturen werden wir auf Landes- und Bundesebene vorantreiben. Auch

und gerade die Herzkammer unserer Demokratie, die Parlamente, müssen sehr viel widerstandsfähiger gegen Angriffe werden. Wir setzen uns dafür ein, dass physische und digitalen Zugänge zu sensiblen Bereichen und Informationen besser gegen extremistische Bestrebungen und Angriffe geschützt werden.

- Demokratiefördergesetz jetzt! In der Zivilgesellschaft leisten engagierte Menschen in unterschiedlichen Initiativen eine unschätzbar wertvolle Arbeit für unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Zwar ist es im Bund seit 2021 gelungen, dem BMFSFJ für das zentrale Programm „Demokratie leben!“ kontinuierlich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Es bleibt aber steten Angriffen der Demokratiefeinde ausgesetzt. Daher ist es höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz auf den Weg gebracht wird. Die FDP auf Bundesebene muss ihre Blockade überwinden. Insgesamt brauchen wir eine ganzheitliche Präventionsstrategie, mit deren Hilfe die Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gewalt bereits an der Wurzel bekämpft wird. Wenn wir verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen, brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese Arbeit in der Fläche leisten können.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Der Antrag fordert einen besseren Schutz unserer kritischen Infrastrukturen. Kritische Infrastrukturen sind Einrichtungen, die für das Funktionieren unserer Demokratie wichtig sind. Ob Stromtrassen, Datenkabel im Meer, alte Atomkraftwerke oder neue Flüssiggas-Terminals - bei uns in Schleswig-Holstein gibt es davon jede Menge. Diese Infrastrukturen werden immer wieder angegriffen. Fachleute sprechen hier von Sabotage. Sie hat das Ziel, die Lebensadern unserer Gesellschaft zu zerstören. In Krisen sind wir aber auf sie angewiesen. Deswegen müssen wir sie schützen. Die Politik muss handeln. IN unserem Antrag schlagen wir verschiedene Maßnahmen für einen besseren Schutz vor. Politik, Unternehmen und Bürger*innen sollen besser zusammenarbeiten, um diese Einrichtungen zu schützen. So wird sichergestellt, dass unsere Gesellschaft auch in Krisen noch gut funktioniert.

Worum geht es?

Dieser Antrag spricht darüber, wie wir die wichtigsten Lebensadern unserer Gesellschaft, die kritischen Infrastrukturen, besser schützen können. Das ist wichtig. Denn wenn diese Einrichtungen nicht mehr funktionieren, kann das große Probleme für alle Menschen bedeuten. Und sie werden bedroht. Von anderen Ländern, denen es nicht gefällt, dass wir der Ukraine im Krieg gegen Russland helfen.

Was wird gefordert?

1. Bessere Planung und Schutz: Wir müssen besser vorbereitet sein, wenn etwas Schlimmes passiert. Dafür soll es mehr Pläne und Maßnahmen geben, um diese wichtigen Einrichtungen zu schützen.
2. Schnelle Hilfe: Wenn etwas passiert, soll die Regierung schnell und gut handeln. Es soll zum Beispiel klare Regeln geben, wer was zu tun hat, damit

alles schnell wieder funktioniert.
3. Zusammenarbeit: Alle sollen zusammenarbeiten, um die kritische Infrastruktur zu schützen. Das betrifft Unternehmen, die Regierung und auch die Menschen vor Ort.

Warum ist das wichtig?

Unsere Gesellschaft ist abhängig von Dingen wie Strom, Wasser und Gesundheit. Wenn die Versorgung mit ihnen nicht funktioniert, sind viele Menschen in Gefahr. Deshalb müssen wir gut vorbereitet sein und sicherstellen, dass diese Einrichtungen immer gut geschützt sind. Das sind sie heute leider nicht immer. Und das wollen wir ändern.

Begründung

Der ganze Themenkomplex ist nicht neu und die aktuellen Entwicklungen sind nicht vom Himmel gefallen. Gemeinsam mit unseren Sicherheitsbehörden haben wir als Grüne in den vergangenen Jahren immer und immer wieder auf Besorgnis erregende Entwicklungen und Gefährdungslagen hingewiesen – auch lange schon vor dem jüngsten Angriff Russlands auf die Ukraine. Bereits im Bundestagswahlkampf 2014 haben unsere Spitzenkandidaten auf die Verwundbarkeit der Kritischen Infrastrukturen in unserem Land aufmerksam gemacht. In Beschlüssen, die wir auf Landesparteitagen gefasst haben, haben wir wiederholt auf die Risiken von gezielter staatlicher Desinformation und anderer intransparente Einflussnahmeversuchen hingewiesen, genauso auf die vom organisierten Rechtsextremismus und unregulierten sozialen Netzwerken ausgehende Gefahren.

Bereits vor mehr als fünf Jahren haben wir als Landespartei entsprechende Beschlüsse gefasst und vehement vor den Risiken weitreichender IT-Angriffe und intransparenter Einflussnahmen auf demokratische Willensbildungsprozesse und öffentliche Diskurse gewarnt. Mit Blick auf sehr ernstzunehmende sicherheitspolitische Probleme haben wir rechtsstaatliche Entschlossenheit angemahnt und daran erinnert, dass dem Staat eine direkte, sich aus unserer Verfassung ergebende Schutzverantwortung zukommt, welcher die Bundesregierung gerecht werden muss – auch mit Blick auf den Schutz der eigenen Netze und Kritischer Infrastrukturen. Wir haben eine proaktive Politik zum Schutz von privater Kommunikation, digitaler Infrastrukturen und unserer Demokratie angemahnt und auf gänzlich neue Bedrohungslagen verwiesen.

Nun ist es dringend an der Zeit, Fehler zu korrigieren und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie auch mit Blick auf die Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen zu beweisen!

Beschlüsse vergangener Landesparteitage:
03/19 „Für eine gute IT-Sicherheit & eine wehrhafte Demokratie auch im Digitalen“
10/20 „Verschwörungserzählungen keine Plattform bieten!“
05/24 „Demokratie verteidigen – alle Instrumente nutzen!“
05/24„Für ein Europa, das wir stärken, damit es uns schützt“

Dieser Antrag wurde auf der Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie & Recht am 12.09.2024 beraten und beschlossen.

Unterstützer*innen

Jörn Pohl (KV Kiel); Jan Kürschner (KV Kiel); Anke Erdmann (KV Kiel); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Luise Amtsberg (KV Kiel); Gazi Freitag (KV Plön); Denise Loop (KV

Dithmarschen); Malte Krüger (KV Steinburg); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Nelly Waldeck (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Ingrid Nestle (KV Steinburg); Burkhard Peters (KV Herzogtum Lauenburg); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Leutert (KV Kiel); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg); Nina Catherine Schneider (KV Kiel); Florian Juhl (KV Pinneberg); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Dennis Zdunek (KV Herzogtum Lauenburg); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Michael Brandtner (KV Kiel); Lars Granzin (KV Ostholstein); Annette Granzin (KV Ostholstein); Moritz Bührmann (KV Kiel); Ann Christin Hahn (KV Pinneberg); Torge Schmidt (KV Rendsburg-Eckernförde); Zoé Engel (KV Kiel); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Katrin Stange (KV Pinneberg); Daniela Sonders (KV Kiel); Steffen Regis (KV Kiel); Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Katja Claussen (KV Flensburg); Reimo Schaaf (KV Ostholstein); Merle Richter (KV Schleswig-Flensburg); Denise Kreissl (KV Segeberg); Hinnerk Hudemann (KV Kiel); Oliver Voigt (KV Kiel); Andreas Bartelt (KV Segeberg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Torsten Block (KV Plön); Sandra Leiendecker (KV Rendsburg-Eckernförde); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Katharina Bartsch (KV Herzogtum Lauenburg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Regine Planer-Regis (KV Lübeck); Sören Petersen (KV Lübeck); Björn Radke (KV Segeberg); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Susanne Lohmann (KV Stormarn); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Maren Utesch (KV Kiel); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Jörn Peter Böning (KV Plön); Stefan Lansberg (KV Plön); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Birte Duggen (KV Lübeck); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Oliver Lorentzen (KV Pinneberg)